

Standpunkt

Luc Frieden, der Pyramidenbauer aus Luxemburg

Mil Lorang

Luxemburg hat nun seinen ersten Pyramidenbauer. Finanzminister Luc Frieden fällt immer öfter als das Sprachrohr der Arbeitgeberdachorganisation UEL auf, deren exzessive und extremistischen Forderungen dazu angetan sind das Luxemburger Sozialmodell zu zerstören. Bewusst oder unbewusst wollen solche Leute heute den Grundstein legen, damit sich die luxemburgische Wohlstandszwiebel in den kommenden Jahren in eine gesellschaftliche Pyramide umwandelt, die sich dadurch charakterisiert, dass sich die Mittelschicht allmählich auflöst und in die Basis der Pyramide absinkt.

Luc Frieden ist ein rationeller Mensch. Er hat sich seine „Wahrheit“ in Sachen Staatsfinanzen und kapitalistische Marktwirtschaft über Jahre hinweg gebildet und kommt jetzt dem Reifezustand näher. Das merkt man daran, dass er immer öfter radikale Positionen hemmungslos in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringt, die er so nicht mit den anderen Regierungsmitgliedern abgesprochen zu haben scheint. Positionen, die eins zu eins den Positionen des luxemburgischen, europäischen und internationalen Patronats und Wirtschaftslobbyismus entsprechen. Positionen, die eindeutig dazu angetan sind – würden sie denn in Luxemburg in Politik umgemünzt werden –, das luxemburgische Sozialmodell völlig umzubauen. So umzubauen, dass nur noch ein Basisnetz für die Sozialschwachen und Armen übrigbliebe.

Luxemburg ist eines der einzigen Länder, das bis heute dem Wirtschaftslobbyismus standgehalten hat und sein in der Folge des Zweiten Weltkriegs und unter dem ständigen Einsatz der Gewerkschaften gebautes Sozialmodell auf einem hohen Niveau erhalten konnte.

Der Lobbydruck auf die Regierung, um die soziale Komponente des Luxemburger Modells zu verstümmeln, ist gewaltig und wird vielerseits ausgeübt: durch hohe Wirtschaftsbeamte, durch Patronatsverbände, durch politische Parteien beziehungsweise Mandatsträger der verschiedenen Parteien, durch internationale Organisationen wie die Europäische Kommission, die OECD, die Europäische Zentralbank, der Weltwährungsfonds und nicht zuletzt durch internationale Wirtschafts- und Unternehmensberaterfirmen.

Wohlstandszwiebel wird zur Pyramide

Der Begriff „Wohlstandszwiebel“ wurde in Deutschland geprägt und illustriert das gesellschaftliche Ergebnis der Sozialen Marktwirtschaft. Durch eine vielschichtige Umverteilung über den Weg guter und progressiver Tariflöhne, Sozialtransfers, Arbeitslosenhilfe, progressive, d.h. regelmäßig aufgewertete Renten, usw. konnte

die Mehrzahl der Bundesbürger in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg an dem geschaffenen Wohlstand teilhaben. Es entstand eine große Mittelschicht – der Bauch der Zwiebel – und die Sozialschwachen wurden durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor dem Abrutschen in die Armut bewahrt.

Dann kam der 14. März 2003, der Tag an dem der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder anlässlich seiner Regierungserklärung die so genannte Agenda 2010 ankündigte und damit den Grundstein legte, um aus der deutschen Wohlstandszwiebel eine Pyramide zu machen. Die rot-grüne Regierung schuf mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Begrenzung der Arbeitslosenversicherung auf ein Jahr eine neue Kategorie von Menschen in Deutschland: die so genannten Hartz-IV-Bezieher.

Es handelt sich dabei um Millionen von arbeitslosen Menschen die gezwungenermaßen unter der Armutsgrenze leben müssen beziehungsweise gezwungen werden können als Gegenleistung für die schäbige Sozialhilfe Ein-Euro-Jobs auszuüben, d.h. für einen Euro pro Stunde zu arbeiten. Zurzeit ist der Raum zwischen der reichen Spitze der deutschen Pyramide und der armen Basis noch recht gut gefüllt, dies dank eines boomenden Exports deutscher Industrieprodukte und einer immer noch recht gut funktionierenden Tarifpolitik, insbesondere in den Wirtschaftszweigen mit hohem Mehrwert.

In den meisten pyramidalen Gesellschaftsstrukturen wird allerdings der Raum zwischen dem Sockel und der Spitze immer leerer, was bedeutet, dass sich in diesen Gesellschaften die Kluft zwischen Reich und Arm ständig vergrößert, dass sich die Mittelschicht allmählich auflöst. Ein gutes Beispiel dafür sind die USA und dies ist auch ein Topthema im derzeitigen amerikanischen Wahlkampf: die Gefahr, dass die Mittelschicht („middle class“) immer weiter schrumpft und die Menschen in den Pyramidensockel absacken.

Die Besorgnis der Sozialwissenschaftler und Politologen in den USA ist, dass wenn die Mittelschicht zu

sehr abnimmt oder gar verschwindet, wenn es nur noch Reiche und Arme gibt, sich der Rechtspopulismus breit macht und die Demokratie und den Frieden in Gefahr bringt. Was dann passieren kann, kennen wir Europäer nur zu gut aus unserer Geschichte!

Auch in Luxemburg entstand nach dem Zweiten Weltkrieg dank der Stärke der Gewerkschaften eine soziale Marktwirtschaft, die es ermöglichte, den geschaffenen Reichtum über diverse Wege breit zu verteilen und so eine weitgehend sozial gerechte Wohlstandsgesellschaft zu schaffen. Ein besonders angenehmes Beiprodukt des Luxemburger Modells war und ist der soziale Frieden.

Die strukturierenden Elemente des Luxemburger Sozialmodells

Die strukturierenden Elemente des Luxemburger Sozialmodells beinhalten für die Lohnabhängigen auf der Einkommenseite (1) den gesetzlichen Mindestlohn, der alle zwei Jahre an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst wird, (2) die Tarifautonomie und für etwa 50% der Luxemburger Beschäftigten eine kollektivvertraglich festgelegte Lohnsteigerung, (3) gute, der luxemburgischen Wirtschaftsleistung entsprechende Renten, die alle zwei Jahre an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden und (4) die automatische Anpassung aller Löhne und Gehälter, der Renten, der Arbeitslosenentschädigung sowie des garantierten Mindesteinkommen (RMG) an die Inflation (Indexsystem).

Dazu kommen gute auf dem Solidaritätsprinzip basierende soziale Sicherungssysteme an denen sich auch der Staat beteiligt sowie eine im Sinne von gerechter Umverteilung des geschaffenen Reichtums organisierte Politik sozialer Transfers wie z.B. Familienzulagen.

Auf der arbeitsrechtlichen Seite gibt es einen starken Kündigungsschutz, gesetzliche Arbeitszeitregelungen, bezahlten Urlaub, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, die Arbeitsunfallversicherung, Schutz bei Arbeitsplatzverlust.

Staatliche Unterstützung gibt es des Weiteren beispielsweise für die Anschaffung einer Erstwohnung sowie großzügige staatliche Beihilfen für Hochschulstudien.

Abschließend müssen zu den strukturierenden Aspekten des Luxemburger Sozialmodells die öffentlichen Dienste gezählt werden sowie der Dreierdialog („Tripartite“), der auf verschiedenen Ebenen funktioniert(e).



Seit der Tripartite vom April 2010 anlässlich derer Luc Frieden ein Sparprogramm auf den Tisch legte, das völlig überzogen war und am massiven Widerstand der größten luxemburgischen Gewerkschaft, dem OGBL, und der Luxemburgischen Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP), die derzeit mit der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) die Regierung bildet, teilweise scheiterte, lässt der rechtsliberale Finanzminister keine Gelegenheit aus, um Attacken gegen das Luxemburger Sozialmodell zu reiten. Diese Angriffe werden immer deutlicher und provokativer.

Ein besonderer Dorn im Auge sind ihm die im Luxemburger System eingebauten Automatismen wie beispielsweise die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation sobald diese die 2,5%-Marke erreicht (Index), die automatische achtprozentige Beteiligung des Staates am Rentenversicherungsbeitrag (8% Arbeitnehmer, 8% Arbeitgeber, 8% Staat) sowie die automatische 40-prozentige staatliche Beteiligung an der Pflegeversicherung.

Wenn Frieden die großen öffentlichen Ausgabenblöcke aufzählt, mit denen er ein Problem hat, weil sie Automatismen enthalten, dann zählt er auch die Gehälter der Staatsbeamten dazu. Hier ist wohl zwischen den Zeilen gemeint, dass er die im Tarifvertrag der Staatsbediensteten sowie in den Tarifverträgen der Beschäftigten in den öffentlichen Dienstleistungsbereichen eingebaute automatische Lohnentwicklung infrage stellt.

Zwischen den Zeilen

Vor diesem Hintergrund muss man nun die rezenten Äußerungen Friedens über seine Zukunftsvorstellungen des Luxemburger Modells analysieren. Einerseits provoziert Frieden mit klaren Aussagen, andererseits sagt er noch viel mehr zwischen den Zeilen.

Wenn er sagt, dass die Tripartite in Zukunft nur noch ein beratendes Gremium sein sollte, dann sagt er eigentlich nichts Neues: die Tripartite ist gerade das, ein beratendes Gremium, das in Krisenzeiten machbare Lösungen im Konsens herbeiführen sollte. Die Entscheidungen liegen anschließend bei Regierung und Parlament. Man kann kaum glauben, dass ein Mann wie Luc



Frieden einen solchen Unsinn redet. Er muss sich dabei etwas anderes denken. Vielleicht meint er ja zwischen den Zeilen, die Tripartite sei überflüssig geworden, da die Regierung ausschließlich die Lösungsvorschläge der hiesigen Patronatsorganisationen umsetzen sollte, sowie diejenigen der internationalen Wirtschafts- und Kapitallobby. Die Pyramide wäre dann schneller gebaut!

Wenn er z.B. sagt, dass es notwendig sei eine „konsequentere Reform des Rentensystems anzugehen“ (Tageblatt, 6.2.12) dann muss er ja meinen, dass die von der Regierung, der er angehört, gerade verabschiedete Reform nicht konsequent genug ist, ergo durch eine radikalere ersetzt werden soll.

Wie könnte die aussehen? Bringt man diese Aussage Friedens mit seinen Automatismus-Aussagen in Übereinstimmung, ergibt sich folgende düstere Möglichkeit: Der 8-prozentige staatliche Rentenzuschuss wird eingestellt.

Mit welchen Folgen? Da Frieden konsequent Beitragserhöhungen für die Arbeitgeber ablehnt, bleibt wohl die ganze Last auf den Schultern der Versicherten, die entweder drastische Pensionskürzungen in Kauf nehmen oder aber teure und unsichere private Zusatzrentenversicherungen abschließen müssten. Des Weiteren lässt sich aus der Automatismus-Kritik folgern, dass die allzweijährliche Rentenanpassung abgeschafft wird.

Wenn er den Mindestlohn als zu hoch anprangert, um neue Industriebetriebe ins Land ziehen zu können, stellt er sich als Minister zunächst gegen den Regierungsentscheid den Mindestlohn zum 1. Januar 2013 an die allgemeine Lohnentwicklung anzupassen.

Bringt man Friedens Mindestlohnkritik mit seiner Automatismus-Kritik in Übereinstimmung, dann muss man davon ausgehen, dass er die allzweijährliche Mindestlohnanpassung abschaffen möchte.

Falsche Argumente

Er will aber offensichtlich noch weiter gehen und den unqualifizierten Mindestlohn kürzen (Wort Online 8.02.12).

Da der unqualifizierte Mindestlohn die Rechnungsbasis für den qualifizierten Mindestlohn darstellt, würde eine Kürzung auf der einen Seite eine Kürzung auf der anderen nach sich ziehen. Das in diesem Zusammenhang immer wieder von Frieden angeführte Argument, die Luxemburger Löhne seien Grund dafür, dass keine neuen Industriebetriebe nach Luxemburg kommen, kann man so nicht gelten lassen. In den Entstehungskosten eines Industrieproduktes in Luxemburg machten die Lohnkosten in den vergangenen Jahren im Durchschnitt nur rund 18% aus (Statec). Allerdings haben die Ökonomen der Salariatskammer nachgewiesen, dass die Gewinnmargen der Luxemburger Betriebe generell viel höher liegen als im nahen Ausland. Die Lohnnebenkosten sind mit die niedrigsten in ganz Europa, die Betriebssteuer ist ebenfalls eine der niedrigsten Europas und 80% der Luxemburger Betriebe bezahlen keine Betriebssteuer!

Da Frieden im Allgemeinen Automatismen nichts Positives abgewinnen kann, ergibt sich generell die Möglichkeit, dass eine zukünftige „Regierung Frieden“ ebenfalls den Index ganz abschaffen und gleichzeitig die kollektivvertragliche Praxis der automatischen jährlichen oder allzweijährlichen Lohnsteigerung in Frage stellen könnte.

Frieden will offensichtlich in Luxemburg das erreichen was die deutsche Bundesregierung bereits teilweise erreicht hat, was die Cameron-Regierung in Großbritannien zu erreichen anstrebt und was vielen anderen europäischen Regierungen von Brüssel aufgezwungen wird: Sozialabbau, Einfrieren beziehungsweise Kürzung der Renten, massive Lohnkürzungen, Billigjobs, Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Zerstörung der Wohlstandszwiebel und Bau einer gesellschaftlichen Pyramide allein in deren Spitze es sich gut leben lässt.

Mit dem Endziel eine 1%-Gesellschaft von High-Net-Worth-Individuals gegenüber den restlichen 99% der Bürger zu schaffen?

Wenn autoritäre Rechtsliberale wie Luc Frieden einmal die politische Verantwortung auf der höchsten Staatsebene übernehmen, muss es einem bang werden um die Mitbestimmung der Bürger und deren Vertretungen, um die Demokratie, um den Frieden!